

N i e d e r s c h r i f t

SOZ/020/2008

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Sozialausschusses der Stadt Rheine
am 09.09.2008**

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 16:00 Uhr im neuen Seniorenzentrum am Humboldtplatz, Humboldtplatz 22.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Ellen Knoop	SPD	Ratsmitglied
------------------	-----	--------------

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Frau Christel Brachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Dr. Dietrich Kühn	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Wilhelm Stegemeyer	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Annette Tombült	CDU	Ratsmitglied
Herr Hartmut Wehr	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Ludger Winnemöller	CDU	Ratsmitglied

Vertreter:

Frau Katharina Focke	CDU	Vertretung für Frau Christa Gieseke
Frau Elisabeth Lietmeyer	SPD	Vertretung für Frau Bar- bara Meinert
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Vertretung für Herrn Friedel Theismann

beratende Mitglieder:

Herr Horst Erle	Sachkundiger Bürger
Frau Vivien Schöpker	Sachkundige Bürgerin
Herr Heinz Thalmann	Sachkundiger Bürger
Frau Sabine Wensing	Sachkundige Bürgerin

Gäste:

Herr Werner Althoff	Migrationbeauftragter
Herr Egbert Möller	pro talis
Frau Marisa Möller	pro talis
Frau Monika Niehaus	pro talis
Frau Christiane Hantke	pro talis
Herr Manfred Möller	pro talis

Verwaltung:

Herr Helmut Hermes	Sozialplanung
Frau Christa Heufes	Produktverantwortliche
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Ludger Schöpfer	Fachbereichsleiter FB 2
Herr Henning Viehoff	Schriftführer
Herr Franz Janning	Wohngruppe
Herr Markus Besta	Treff 100
Frau Ursula Egelkamp	Kremerhaus

Frau Knoop eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils weist die Vorsitzende Frau Knoop darauf hin, dass noch die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Sozial- und Jugendhilfeausschusses vom 19.06.2008 von den Mitgliedern des Sozialausschusses genehmigt werden muss. Die Genehmigung der Niederschrift soll als Tagesordnungspunkt 1 behandelt werden. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Hiergegen bestehen von Seiten des Ausschusses keine Bedenken.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses und Sozialausschusses vom 19.06.2008 (JHA/025/2008)

I/A/0210

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o.g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

2. Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung am 03.06.2008

I/A/0230

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o.g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 03.06.2008 gefassten Beschlüsse

I/A/0260

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Appell zum kommunalen Wahlrecht für alle Ausländer(innen)

Die Initiative des Integrationsrates für einen Appell für ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer wurde vom Rat in seiner Sitzung am 24. Juni 2008 einstimmig verabschiedet.

Zuvor war die Initiative im Sozialausschuss (Sitzung vom 14. Mai 2008) kontrovers diskutiert worden. Für die folgende Ratssitzung wurde die Verwaltung mit der Beantwortung von Fragen zur Herkunft und Anzahl der von einer Ausweitung des Wahlrechts Betroffenen in Rheine und zu den möglichen Inhalten der im Appell genannten „erschwerten Bedingungen einer Einbürgerung“ beauftragt.

Die Klärung der Fragen ergab, dass in Rheine ca. 850 Nicht-EU-Ausländer, die aufenthaltsrechtlich die Voraussetzungen für eine Niederlassungserlaubnis erfüllen, von der Erweiterung des Wahlrechts profitieren würden. Die angesprochenen Einbürgerungserschwernisse ergeben sich subjektiv z. B. aus dem Zwang zur Aufgabe der alten Staatsbürgerschaft, fehlendem Sprachzertifikat „B1“ oder den Einbürgerungsgebühren.

Nach der Verabschiedung durch den Rat wurde der Appell an den Ministerpräsidenten, den Innenminister, den Integrationsminister und die Vorsitzenden der vier im Landtag NRW vertretenen Fraktionen gesandt.

Eine Antwort erfolgte bisher noch nicht.

4. Informationen

I/A/0420

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

CBF Wohnen und mehr gGmbH – Zuwendung zu den Kosten des Erwerbs und des Umbaus einer Immobilie im Bereich Hansaallee/OBI

Der CeBeeF mit den Schwerpunkten Freizeit und Bildung und seine 100 %ige Tochter CBF Wohnen und mehr gGmbH wollen mit einem differenzierten Nutzungskonzept die Zukunftsfähigkeit der Behindertenarbeit sichern.

Mit dem Kauf einer Immobilie sollen nicht nur die Hilfestrukturen verbessert werden, sondern der Wechsel in optimal zu nutzende Räumlichkeiten soll auch die derzeitigen Betätigungsfelder sinnvoll erweitern. Dabei soll die Schaffung von Angeboten gezielt für ältere Menschen mit Behinderungen erreicht werden.

Das Investitionsvolumen beträgt nach vorläufigen Berechnungen von ca. 261.500,00 €. Beantragt wird eine städt. Zuwendung i.H.v. 40.000,00 € (15 %).

Die Verwaltung wird zur nächsten Sitzung eine entscheidungsreife Vorlage erstellen.

KOMM-IN-NRW/ Förderprogramm 2009

Mit Datum vom 01.09.2008 hat die SPD-Fraktion in einem Brief an die Bürgermeisterin angeregt, für das Jahr 2009 erneut Landesmittel für ein Integrationsprojekt aus dem KOMM-IN NRW Förderprogramm zu beantragen.

Das Migrations- und Integrationskonzept bietet auch noch genug Anhaltspunkte und Themen für weitere Projekte zur strategischen Förderung der Integration von Zuwanderern, z. B. bzgl. der interkulturellen Öffnung von Institutionen.

Da aber die personellen und zeitlichen Ressourcen der Migrations- und Integrationsberatung zurzeit völlig ausgelastet sind, sollte erst nach Vorliegen erster Ergebnisse des aktuellen KOMM-IN-Projekts über das erneute Stellen eines KOMM-IN-Antrages entschieden werden.

Erst dann ist z. B. auch abzusehen, ob sich evtl. ein Folgeprojekt direkt aus den Ergebnissen des derzeitigen Projekts ableiten lässt oder ob auf ein noch unbearbeitetes Thema des Migrations- und Integrationskonzepts zurückzugreifen ist.

Im Bereich Integration stehen mehrere Termine an, die von allgemeinem Interesse sein dürften:

1. Die Migrations- und Integrationsberatung / das Netzwerk Migration – Arbeitskreis Bildung und Migration veranstaltet eine

Fortbildung Schlüsselkompetenz Sprache

Mittwoch, 24.09.2008, 14:00 – 18:00 Uhr, Stadthalle, Seminarraum

- Referentin ist Frau Katrin Betz, Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung, FH Köln

2. Im KOMM-IN NRW-Projekt ist der 1. Meilenstein:

**Zukunftskonferenz für jugendliche und junge erwachsene Zuwanderer
Samstag, 27.09.2008, 10:00 – ca. 16:00 Uhr, Aula VHS**

3. Im weiteren Verlauf des KOMM-IN NRW-Projekts ist bereits terminiert:

Integrationssymposium

Freitag, 21. 11 2008, ab nachmittags, Stadthalle

Bei dem Symposium sollen erste Ergebnisse des KOMM-IN-Projekts und der Umsetzung des Migrations- und Integrationskonzepts vorgestellt werden. Die Mitglieder des Sozialausschusses sollten sich bereits jetzt diesen Termin merken.

Weitere Einzelheiten zu den Terminen sind bei der Migrations- und Integrationsberatung zu erfragen.

5. Informationen aus dem Integrationsrat

I/A/1140

Frau Schöpker berichtet über die Arbeit des Integrationsrates.

Sie teilt mit, dass der Integrationsrat in seiner letzten Sitzung bereits drei Jurymitglieder für die Verleihung des Integrationspreises der Stadt Rheine benannt hat.

Frau Knopp regt an, bezüglich der Benennung der drei Jurymitglieder des Sozialausschusses zum Tagesordnungspunkt „Anfragen und Anregungen“ weiterzuberaten. Hierzu besteht Einvernehmen unter den Mitgliedern des Sozialausschusses.

6. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

I/A/1310

Herr Thalmann berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderung.

7. Informationen aus dem Seniorenbeirat

I/A/1870

Herr Erle berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

8. Informationen aus dem Familienbeirat

I/A/2570

Frau Wensing berichtet über die Arbeit des Familienbeirates.

9. Erfahrungsbericht des Migrationsbeauftragten

I/A/2710

Herr Althoff berichtet über seine Arbeit als Migrationsbeauftragter der Stadt Rheine.

Sein Bericht ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

**10. "Projektgruppe Migration " - Tätigkeitsbericht -
Vorlage: 345/08**

I/B/100

Herr Hermes verweist zunächst auf die Vorlage und geht anschließend an Hand eines beamerunterstützten Vortrages näher auf das KOMM-IN NRW-Projekt ein.

Die Folien zu diesem Vortrag sind dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Er weist in diesem Zusammenhang nochmals die Ausschussmitglieder auf das anstehende Integrationssymposium hin, welches nun definitiv am 21. November 2008 ab 14.00 Uhr in der Stadthalle Rheine stattfinden soll.

Herr Dr. Kühn bittet um Auskunft darüber, ob es nicht sinnvoll ist, zum jetzigen Zeitpunkt bereits einen erneuten Antrag auf Bewilligung von Fördergeldern für die Fortführung des KOMM-IN NRW-Projektes zu stellen.

Frau Ehrenberg teilt hierzu mit, dass die Stellung eines solchen Förderantrages erhebliche Personalressourcen bindet, die vorrangig für das jetzige Projekt benötigt werden. Zu gegebener Zeit werde man sich aber mit der Weiterbewilligung des Projektes beschäftigen.

Herr Beradis bittet um die Vorlage eines Sachstandsberichtes im Sozialausschuss zum dezentralen Unterbringungskonzept der Stadt Rheine.

Frau Ehrenberg teilt mit, dass Sie den Fraktionsvorsitzenden der jeweiligen Parteien einen Bericht zur Verfügung gestellt hat, mit der Bitte um Rückmeldung ob die Vorstellung eines solchen Sachstandsberichtes gewünscht sei. Trotz zweimaliger Nachfrage gab es bislang keine Reaktion hierzu. Sollte ein solcher Bericht gewünscht werden, wäre ein solcher Tagesordnungspunkt aber zuständigehalber im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten.

Sie bittet daher die anwesenden Sozialausschussmitglieder mit ihren Fraktionsvorsitzenden Kontakt aufzunehmen zwecks Abklärung, ob Bedarf an der Vorstellung eines solchen Berichtes gibt oder ob der den Fraktionsvorsitzenden übersandte Bericht als Informationsquelle bereits ausreichend ist.

Frau Tombült bittet die Verwaltung darum, darauf zu achten, dass bei der Umsetzung des Unterbringungskonzeptes darauf geachtet wird, dass es nicht an einigen Stellen im Stadtgebiet zu einer Massierung dieses Personenkreises kommt. Herr Hermes erläutert hierzu, dass der gewonnene Eindruck, dass es an bestimmten Stellen im Stadtgebiet zu einem verstärkten Zuzug von Migranten kommt, darauf basiert, dass diese Personen sich auf Grund der bestehenden Altfallregelung verstärkt um privaten Wohnraum bemühen. Hierauf hat die Stadt aber keine Einflussmöglichkeiten.

Zum Schluss der Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Fachstelle für Migrations- und Integrationsberatung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Vorstellung der städtischen Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (Kremer-Haus, Wohngruppe für junge Erwachsene und Treff 100)
Vorlage: 343/08**

I/B/2060

Frau Knoop verweist zunächst auf die Vorlage.

Anschließend stellen Frau Heufes als Produktverantwortliche für die städtischen Einrichtungen und die Mitarbeiter der Einrichtungen, Herr Janning, Herr Besta und Frau Egelkamp an Hand eines beamerunterstützten Vortrages die konzeptionelle und räumliche Neuausrichtung der städtischen Einrichtungen Kremerhaus, Treff 100 und Wohngruppe für junge Erwachsene mit sozialen Schwierigkeiten vor.

Die Folien zu diesem Vortrag sind dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Im Anschluss an die Vorträge und der sich anschließenden intensiven Diskussion, in der unter anderem die Themen

- Anteil der Jugendhilfefälle an der Gesamtzahl der Betreuten
- Perspektiven im Anschluss an die Betreuung
- Umfang der Streetworkertätigkeiten
- Auswirkungen durch die Reduzierung der Platzzahl
- Auswirkungen der Mietkostensteigerungen auf die Zahl der Wohnungslosen

erörtert werden, fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss der Stadt Rheine nimmt die Ausführungen zu den städtischen Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (Kremerhaus, Wohngruppe für junge Erwachsene und Treff 100) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II
- Neuorganisation des SGB II, Entfristung der Option
Vorlage: 325/08**

II/A/1800

Frau Ehrenberg erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Herr Schöpfer macht deutlich, dass es nicht um eine Ausweitung der Stellenressource geht; sondern nur um eine Verstetigung der vorhandenen Personalressourcen und damit verbundenen Aufnahme in den Stellenplan der Stadt Rheine.

Herr Dörnhoff unterstützt für die CDU-Fraktion die Vorlage. Durch die Entfristung eines Teils der Stellen wird sich die Fluktuation der Mitarbeiter reduzieren, was wiederum dazu führen wird, dass die Hilfeempfänger nicht ständig mit wechselnden Ansprechpartnern zu tun haben.

Die SPD-Fraktion steht nach Aussage von Herrn Dr. Kühn ebenfalls hinter der Vorlage der Verwaltung. Auf seine Frage hinsichtlich der kommunalen Kostenbeteiligung teilt Frau Ehrenberg mit, dass voraussichtlich bis Ende 2009 erneut mit dem Kreis Steinfurt über die Kostenbeteiligung der Kommunen an den SGB II-Aufwendungen gesprochen werden soll.

Herr Holtel hält die Vorlage ebenfalls für sinnvoll. Auch er fordert eine erneute Diskussion mit dem Kreis Steinfurt über die Kostenbeteiligung der Stadt Rheine an den SGB II-Aufwendungen, zumal die GAB im Bereich der Stadt Rheine im Vergleich zu den anderen Städten im Kreis Steinfurt noch keine vergleichbar guten Ergebnisse erzielt.

Die Fraktion der Grünen folgt nach Auskunft von Herrn Mau ebenfalls dem Vorschlag der Verwaltung.

Im Anschluss an die Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zum aktuellen Stand der Umsetzung des Sozialgesetzbuch II (SGB II) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Beschlüsse zur Erweiterung des Stellenplanes FB 2 - Produktgruppe Soziales - vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. jfd-Beratungszentrum für Erwerbslose
Vorlage: 342/08**

II/A/2670

Frau Ehrenberg erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Sie teilt mit, dass von den 128 vom Land NRW geförderten Beratungsstellen bislang lediglich 20 Stellen eine gesicherte Nachfolgefinanzierung haben; wobei bei 9 Beratungsstellen die Finanzierung nur bis zum 31.12.2008 gesichert ist.

Ausdrücklich wird von ihr unterstrichen, dass bis auf eine Ausnahme, namentlich die Stadt Senden, keine einzige kreisangehörige Kommune in die Weiterfinanzierung der Arbeitslosenberatungsstellen eingestiegen ist. Dies liegt unter anderem daran, dass sich die optierenden Kreise und nicht die kreisangehörigen Städte in der finanziellen Verantwortung im Rahmen des SGB II befinden.

Darüber hinaus betont Frau Ehrenberg, dass auch die Stadt Rheine gute Beratungsstrukturen sowohl im Bereich Fallmanagement als auch im Bereich persönliche Ansprechpartner aufgebaut hat. Aus diesem Grund hält sie das Vorhalten von Doppelstrukturen für nicht notwendig.

Aus Sicht der CDU-Fraktion bestätigt Herr Winnemöller die gute Arbeit der Beratungsstelle des jfd in Rheine. Da sich aber das Land NRW komplett aus der Förderung zurückgezogen hat und auch der Kreis Steinfurt nicht in die Finanzierung mit eingestiegen ist, kann die Stadt Rheine nicht alleine die Finanzierungsausfälle der Arbeitslosenberatungsstelle des jfd schultern. Aus diesem Grund unterstützt die CDU-Fraktion die Vorlage der Verwaltung.

Herr Dr. Kühn erläutert für die SPD-Fraktion den eingereichten Antrag. Er gibt zu Bedenken, dass es bei dem Antrag nur um eine kurzfristige Förderung bis zum Jahresende in Höhe von 15.000 Euro geht. In dieser Zeit soll der Beratungsstelle die Möglichkeit gegeben werden, sich bedingt durch den Wegfall der Landesförderung neu zu positionieren. Ein wichtiges Argument zu Gunsten der Fortführung der Arbeit der Beratungsstelle sieht er in deren Unabhängigkeit und damit verbundenen unbürokratischeren Arbeitsweise dieser Beratungsstelle die gerade nicht Teil der Verwaltung ist. Das Angebot sei daher niederschwelliger.

Frau Ehrenberg weist die Aussage entschieden zurück, dass die Mitarbeiter der SGB II-Abteilung bürokratisch arbeiten.

Herr Holtel erklärt für die FDP-Fraktion, dass es bereits weitere niederschwellige Beratungsangebote gibt. Er erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Arbeit des Treff 100 und des Kremerhauses der Stadt Rheine.

Des weiteren hält er zwischenzeitlich das anzuwendende Recht des SGB II (Arbeitslosengeld II) aber auch des SGB III (Arbeitslosengeld I) für so umfangreich, dass nur juristisch fundiert geschulte Mitarbeiter diesem Beratungsbedarf wirklich gerecht werden können. Aus diesem Grund unterstützt auch er die Vorlage der Verwaltung.

Herr Mau unterstützt zunächst den Antrag der SPD und stellt für die Fraktion der Grünen den Antrag, dass für die Jahre 2009 und 2010 der Arbeitslosenberatungsstelle des jfd jeweils 13.000 Euro als Mietkostenzuschuss und 40.000 Euro als Personalkostenzuschuss zur Verfügung gestellt werden.

Zum Schluss der Diskussion lässt die Ausschussvorsitzende Frau Knoop zunächst über den Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen abstimmen:

Im städtischen Haushalt werden für das Jahr 2008 15.000,-- Euro für die Fortführung der Arbeit der Arbeitslosenberatungsstelle des jfd zur Verfügung gestellt. In den Jahren 2009 und 2010 sollen der Arbeitslosenberatungsstelle jeweils

13.000,-- Euro als Mietkostenzuschuss und 40.000,-- Euro als Personalkostenzuschuss aus städtischen Mitteln zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
 8 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag von Bündnis90 / Die Grünen abgelehnt.

Sodann lässt Frau Knoop über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

1. Die Arbeitslosenberatungsstelle wird in Trägerschaft des Jugend- und Familiendienstes (JFD) über den 30. September 2008 fortgeführt. Im städtischen Haushalt werden aus der Gruppe 22 für das Jahr 2008 insgesamt 15.000,-- Euro zur Verfügung gestellt. Sollte dieser Betrag dort nicht (mehr) zur Verfügung stehen, werden die Mittel überplanmäßig veranschlagt.

Die (über)planmäßigen Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen, denn eine mögliche Weiterfinanzierung durch das Land NRW hat Priorität.

2. Falls sich das Land NRW aus der Mitfinanzierung der Arbeitslosenberatungszentren und Arbeitslosenberatungsstellen zurückzieht, erarbeitet der JFD zusammen mit der Verwaltung und ggf. weiteren kompetenten Personen oder Organisationen ein neues Konzept zur dauerhaften Aufrechterhaltung der unabhängigen Beratungsorganisation für die Zeit ab dem 01.01.2009. Der Sozialausschuss könnte in seiner nächsten Sitzung am 09. September 2008 auf Vorschlag der Verwaltung die grundsätzlichen Ziele und den Umfang einer unabhängigen Beratungsinstitution beschreiben.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
 8 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

Abschließend lässt Frau Knoop über den Beschlussvorschlag der Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Sozialausschuss lehnt den Antrag auf Weiterfinanzierung des jfd-Beratungszentrums ab dem 01.10.2008 ab.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen

**14. Berichtswesen zum Stichtag 31.05.08, Fachbereich 2 - Jugend,
 Familie und Soziales,
 hier: Produktgruppe Soziales
 Vorlage: 255/08**

II/B/0900

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage der Verwaltung.

Er weist darauf hin, dass sich das Ergebnis aufgrund des geringeren Aufwandes im Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und bei der Kostenbeteiligung nach dem SGB II noch erheblich verbessern werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 2 - Jugend, Familie und Soziales (hier: Produktgruppe Soziales) mit dem Stand der Daten vom 31.05.2008 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

II/B/1050

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

16. Anfragen und Anregungen

II/B/1080

Als Jurymitglieder für die Verleihung des Integrationspreises benennt die CDU-Fraktion Herrn Theismann und Frau Brachmann.
Die SPD-Fraktion benennt Herrn Beradis als Jurymitglied.

Ende der Sitzung:

19:35 Uhr

Knoop
Ausschussvorsitzende

Viehoff
Schriftführer